

# Windpark: Habekost bestätigt Fristverlängerung

Am kommenden Mittwoch entscheidet das Bad Orber Parlament, ob die Kabel für die Anlage verlegt werden dürfen

**Flörsbachtal/Jossgrund (in).** Bis Ende März sollte eigentlich eine Entscheidung über die Genehmigung des Windparks Roßkopf bei Flörsbachtal getroffen sein. Nun hat das Regierungspräsidium in Darmstadt die Frist nochmals nach hinten verschoben – auf bis zu drei Monate. Das bestätigte gestern Oliver Habekost, Geschäftsführer der Naturenergie Main-Kinzig GmbH.

Diese Nachricht, die Donnerstagabend bereits von der Bürger-

initiative Gegenwind öffentlich gemacht wurde, löst bei Habekost natürlich keine Begeisterung aus. Angesichts der Tatsache, dass die Naturenergie Main-Kinzig bereits seit 2013 an dem Projekt arbeitet, findet er die neuerliche Verzögerung ausgesprochen „unbefriedigend“. Im Gegensatz zu den Windkraftgegnern sagt Habekost allerdings, dass die Verschiebung der Frist nichts damit zu tun habe, dass der Projektierer Juwi erneut weitere Gutachten vorlegen müsse. Er habe aus der Behörde die Information erhalten, dass

momentan andere Fälle zu bearbeiten seien und das Projekt im Spessart daher hinten angestellt werden musste. „Wir hoffen natürlich dennoch weiterhin auf eine kurzfristige Genehmigung.“

Dazu passt ein Antrag, der am kommenden Mittwoch auf der Tagesordnung der Bad Orber Stadtverordneten steht. Hier geht es um einen sogenann-

„

Wir hoffen dennoch weiterhin auf eine kurzfristige Genehmigung

**Oliver Habekost**

Naturenergie Main-Kinzig

ten Gestattungsvertrag, der der Versorgungsservice Main-Kinzig GmbH erlaubt, die Kabel durch den Bad Orber Stadtwald zu verlegen, die zur Anbindung des Windparks Flörsbachtal/Roßkopf an das Stromnetz benötigt werden.

Aus der Vorlage zur Stadtverordnetensitzung geht hervor, dass die Trassenführung in den Bereichen Hubertsberg, Pfarrküppel, Richtung Bieberhöhe auf

einer Strecke von 3,2 Kilometern entlang des vorhandenen Waldwegs verlaufen soll.

Der Gestattungsvertrag soll 28 Jahre lang laufen und bringt der Stadt Einnahmen von immerhin 9200 Euro.

Die spannende Frage wird in diesem Zusammenhang sein, ob die Bad Orber Stadtverordnetenversammlung, die sich jüngst mehrheitlich gegen die Windkraftanlagen im Spessart ausgesprochen hat, dem Gestattungsvertrag die Zustimmung ohne Weiteres erteilen wird.

SNZ 11.03.2017